

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

71 (24.3.1952)

ETTTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Montag, den 24. März 1952

Nr. 71

Grausiges Flugzeugunglück bei Frankfurt

Verkehrsmaschine abstürzt und explodiert — 44 Personen kamen ums Leben

Frankfurt (UP). Eine Flugzeugkatastrophe forderte am Samstag vormittag in der Nähe von Frankfurt am Main 44 Menschenleben. Eine viermotorige Douglas DC-6 der holländischen Luftverkehrsgesellschaft KLM geriet beim Anflug auf den Rhein-Main-Flughafen zu nahe an die Baumkronen des Frankfurter Stadtwaldes und stürzte ab. Noch auf dem Erdboden donnerten zwei ihrer Motoren weiter, wenige Minuten später jedoch explodierten die Benzin tanks, und das Flugzeug stand in Flammen.

Von den 47 Insassen — 37 Reisende und 10 Mann Besatzung — konnte sich niemand selbst retten: sie waren wie üblich für die Landung an ihre Sitze geschnallt. Drei beherzten Kraftfahrer, die auf der 50 m entfernten Straße gerade vorüberfahren, gelang es aber doch noch, unterstützt von sofort herbeieilenden deutschen und amerikanischen Rettungsmannschaften, fünf Personen lebend aus dem Flugzeuggrumpf zu bergen, darunter zwei Frauen. Zwei der Geretteten erlitten kurze Zeit darauf ihren schweren Verbrennungen. Von den Überlebenden, die schwere Verbrennungen erlitten haben und sich in amerikanischen Krankenhäusern befinden, schwebt noch einer in Lebensgefahr, während die beiden Frauen — eine deutsche Reisende und die niederländische Stewardess — dieser Gefahr entronnen zu sein scheinen.

Die abgestürzte Maschine trug den Namen „Königin Juliana“. Mit dem gleichen Flugzeug wollten die holländische Königin Juliana und Prinzgemahl Bernhard am 1. April zu ihrem Staatsbesuch nach den USA fliegen. Die Königin erklärte wenige Stunden nach dem Unglück in Amsterdam, sie werde planmäßig mit einer anderen KLM-Maschine reisen.

Die verunglückte Maschine befand sich auf dem Wege von Südafrika über Rom und Frankfurt nach Amsterdam. Kurz vor der Zwischenlandung in Frankfurt war ihr durch Funk vom Rhein-Main-Flughafen Order gegeben worden, auf 700 m herunterzugehen. Die DC-6 gab jedoch keine Bestätigung mehr darüber, ob sie die neue Höhe erreicht hatte. Kurz darauf geschah in der Einfugschneise bei Neu-Isenburg das Unglück.

Durch die Explosion wurden die Flugzeugtrümmer Hunderte von Meter weit im Wald verstreut. Zwei Motoren, die wahrscheinlich durch die Blitze beim Absturz abgerissen wurden, sind ebenfalls weit fortgeschleudert worden. Bei der Bergung der Insassen kam es zu schauerlichen Szenen. Der Leiter der amerikanischen Rettungsmannschaften teilte mit, daß die meisten der Passagiere und Besatzungsmitglieder buchstäblich bei lebendigem Leibe verbrannt sind. Auch einige Kinder befanden sich darunter. Kurz nach dem Unglück traf ein Geistlicher der US-Luftwaffe ein, der den Toten den letzten Segen erteilte. Holländische Regierungsbeamte und Vertreter der niederländischen Flugverkehrsgesellschaft nahmen bereits Untersuchungen zur Feststellung der Ursache des Flugzeugabsturzes auf.

Auch zwei US-Flugzeuge abgestürzt

Paducah (UP). Im amerikanischen Staate Texas stürzte ein Militärflugzeug ab. Zehn der Insassen kamen dabei ums Leben. Ein Flugzeug der US-Marinestreitkräfte stürzte in der Corpus Christi Bucht ins Meer. Sämtliche zwölf Insassen ertranken. Diese Maschine soll ein moderner Düsenbomber gewesen sein.

4000 Nebelgranaten gestohlen

Lüneburg (UP). 4000 italienische Nebelgranaten vom Kaliber 7,5 Zentimeter sind in den letzten zehn Tagen aus dem Beutelager Brelah in der Lüneburger Heide gestohlen worden. Die 27 Zentimeter langen Granaten, die wahrscheinlich mit Lastkraftwagen abtransportiert wurden, waren von dem Bombenraumkommando Hannover freigelegt, gestapelt und zur Vernichtung vorbereitet worden. Sämtliche Granaten sind mit flüssiger Nebelsäure gefüllt. Die Polizei hat die Bevölkerung und alle Schrotthändler Norddeutschlands vor den drohenden Gefahren beim Umgang mit den Granaten gewarnt und aufgefordert, bei ihrem Auftauchen sofort die nächste Polizeidienststelle zu benachrichtigen.

Kekkonen stellte ein Ultimatum

Helsinki (UP). Der finnische Ministerpräsident Kekkonen hat seine eigene Bauernpartei ultimativ aufgefordert, auf wirtschaftspolitischen Gebiet mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, die mit ihr die finnische Regierungskoalition bilden. Falls die Bauernpartei diese Forderung nicht erfüllt, will Kekkonen endgültig zurücktreten, nachdem er sich von Präsident Paasikivi hatte überreden lassen, vorläufig noch im Amt zu bleiben. Die Bauernpartei wird die Forderung Kekkonens am 2. April in einer Vorstandssitzung erörtern. Praktisch verlangt Kekkonen die Zustimmung zu seiner Preispolitik, vor allem zur Herabsetzung des Butterpreises, die er kürzlich mit Zustimmung der Sozialdemokraten verfügte. Die Bauernpartei hatte hiergegen energisch protestiert.

Moskau will Europas Integration verhindern

Verteidigungsgemeinschaft wird nicht verzögert — Adenauer interpretiert die Sowjetnote Ein Interview mit dem Kanzler

Paris (UP). „Der sowjetrussische Vorschlag für eine Wiedervereinigung Deutschlands und Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag kommt einem Appell an die deutschen Nationalisten gleich und zielt darauf ab die Integration Europas und seine Verteidigung zu verzögern.“

Diese nachdrückliche Warnung des Bundeskanzlers an die westliche Welt wurde in einem exklusiven Interview mit dem Vizepräsidenten der United Press für Europa, A. L. Bradford, ausgesprochen, den Dr. Adenauer am Freitag in seinem Hotel in Paris empfing, kurz ehe er mit dem Flugzeug nach Bonn zurückreiste. Mr. Bradford berichtet über sein Gespräch mit dem Kanzler:

Dr. Adenauer erklärte, jede Verzögerung im Aufbau der europäischen Verteidigungsgemeinschaft sei gefährlich. Er wies darauf hin, daß die Bildung einer europäischen Föderation durch die sich aus der sowjetischen Note ergebende Situation beschleunigt werden dürfte. Der Bundeskanzler stellte ferner ausdrücklich fest, daß Deutschland seiner Rechtsanspruch auf die deutschen Ostprovinzen jenseits der Oder-Neiße-Linie nicht aufgeben werde.

Mit der Antwort der Westmächte an die Sowjetunion sei er zufrieden, bemerkte Dr. Adenauer, und fuhr fort: „Ich beurteile die Sowjetnote folgendermaßen: Sie stellt einen Versuch dar, einmal auf deutsche Nationalisten einzuwirken, und ferner, die Integration Europas und die Schaffung einer europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft hinauszuzögern. Und ich könnte mir denken, daß die Hinauszögerung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft auch in Amerika im Hinblick auf die Präsidentenwahl irgendwelche Auswirkungen haben könnte.“

Der Kanzler ist der Auffassung, daß „die Westmächte die ganze Situation richtig beurteilen“, so wie „kühle und ruhige Beurteilung der russischen Politik“ es tun sollten. „Es handelt sich jetzt um die Frage: Wann ist der Augenblick gekommen, wo man mit den Sowjets in ein ernsthaftes Gespräch kommen kann? Die Wirkung des Notenwechsels wird zeigen, ob die Sowjetunion bereit ist, zu erkennen, daß die Weltlage, wie sie sich heute darstellt, für einseitige Lösungen, die der Interesse der Sowjetunion dienen, keinen Raum mehr läßt.“

Niemals Verzicht auf die Ostprovinzen

Auf meine Frage, ob es richtig sei, daß Deutschland seinen Anspruch auf die Ostprovinzen niemals aufgeben werde, erklärte der Bundeskanzler: „Die Note ist ja nicht an Deutschland gerichtet, sondern an die drei Westalliierten. Ich halte es aber für richtig, wenn in der Antwort der Westmächte darauf aufmerksam gemacht wird, daß das Potsdamer Abkommen keine Grenzen festzulegen hatte. Das Verlangen Rußlands, im Potsdamer Abkommen damals Grenzen festzulegen, ist ja ausdrücklich abgelehnt worden. Übergabe eines Landes zur Verwaltung heißt noch nicht Festsetzung einer Grenze.“

In diesem Zusammenhang fragte ich den Kanzler, ob er diesen Standpunkt Deutschlands bezüglich seiner Ostprovinzen auch bei den Verhandlungen mit den West-Alliierten in Paris vorgetragen habe. Seine Antwort war: „Deutschland hat das schon so oft und so feierlich erklärt, daß ich der Auffassung bin, die Westmächte wissen das nun. Man sollte nicht immer wiederholen, was man schon entschieden und feierlich schon mehrfach erklärt hat.“

Antwortnote des Westens in Moskau

Baldige Weitergabe zu erwarten — Ihr vermutlicher Inhalt

Washington (UP). Die diplomatischen Vertreter der USA, Großbritannien und Frankreichs sind bereits im Besitz der Antworten ihrer Regierungen auf die letzte Deutschland-Note der Sowjetunion. Es wird dabei mit einer baldigen Weitergabe der Noten gerechnet. Nach zuverlässigen Informationen aus Washingtoner Regierungskreisen umfaßt die Note die folgenden Hauptpunkte:

1. Vor der Einsetzung einer gesamtdeutschen Regierung müssen freie, allgemeine Wahlen in allen Teilen Deutschlands abgehalten werden.

2. Der Deutschlandkommission der UN muß Gelegenheit gegeben werden, außer Westdeutschland auch ganz Berlin und die sowjetische Besatzungszone zu besuchen, um zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Abhaltung freier Wahlen gegeben sind.

3. Die Sowjetunion wird ersucht, ihren Vorschlag zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung näher zu erläutern, ebenso die zukünftigen Beziehungen Deutschlands zu seinen ehemaligen Feinden. Außerdem sollen Deutschlands Beziehungen zu internationalen Organisationen festgelegt und die Grenzfragen geklärt werden.

In Kreisen der Westmächte weist man darauf hin, daß die Abfassung der Antwortnote zu einer allgemeinen Überprüfung der ganzen

Beschleunigte Vertragsverhandlungen

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß im Hinblick auf den jüngsten sowjetrussischen Schritt die wenigen noch ungeklärten Punkte in den deutsch-alliierten Vertragsverhandlungen „möglichst schnell geklärt werden, damit die Verhandlungen in den nächsten Wochen abgeschlossen werden können. Es wird nötig sein, die Hoffnung Sowjetrußlands, Deutschland neutralisieren zu können und es damit in den sowjetischen Machtbereich zu bringen, zu zerstören, damit Rußland sieht: es ist da nichts mehr zu wollen. Die sowjetische Note enthält ja nur scheinbare Konzessionen. Man wolle, glaube ich, in lange Verhandlungen hineinkommen, damit während dieser Besprechungen die Beratungen über die europäische Verteidigungsgemeinschaft ins Stocken kommen. Und wenn die Verhandlungen über die europäische Verteidigungsgemeinschaft ins Stocken geraten, so ist das sehr schlimm, denn man weiß nie, wie sie wieder in Gang kommen. Deswegen war es sehr gut, daß die drei Westmächte und die Bundesrepublik sofort nach der Bekanntgabe der Note erklärt haben: Wir werden in unseren Verhandlungen so fortfahren, als ob die Note nicht angekommen sei.“

Mit dem Westen für die Einheit

Als ich den Kanzler darauf aufmerksam machte, daß viele Beobachter der Meinung seien, die Russen hätten durch ihre Note gezeigt, daß sie nun in der Defensive sind, stimmte Dr. Adenauer zu und sagte: „Ja, aber sie müssen noch mehr hineingedrängt werden.“

Im weiteren Verlauf des Interviews bat ich den Kanzler, mir zu sagen, ob die sowjetische Note nicht wegen ihres Hinweises auf die Einheit Deutschlands vom deutschen Volk mit besonderem Interesse verfolgt worden sei. Er antwortete: „Ja, aber ich glaube, daß die deutsche Bevölkerung zu der Erklärung der drei Westalliierten über die Einheit Deutschlands noch mehr Vertrauen hat, denn die Voraussetzung für die Einheit sind doch die freien Wahlen. Und deswegen sehen die Deutschen auch in der Tatsache, daß die UN auf Antrag der drei Westalliierten diese Kommission eingesetzt hat, die die Verhältnisse nachprüfen soll, einen überzeugenden Beweis dafür, daß es den drei Westmächten ernst ist mit der Wiedervereinigung Deutschlands, während die russische Note darüber schweigt.“

Saarproblem muß beseitigt werden

Zum deutsch-französischen Saargespräch sagte Dr. Adenauer: „Das Saarproblem muß aus der Welt geschafft werden, weil es immer wieder zwischen Frankreich und Deutschland bei den Verhandlungen die Atmosphäre trübt. Insofern wirkte auch das Saarproblem auf die anderen Verhandlungen hindernd ein. Man muß also auch die Saarfrage im Zusammenhang mit allen anderen Verhandlungen betrachten. Ich glaube, wir haben hier einen guten Anfang gemacht, und zwar insbesondere dadurch, daß die Entscheidung schließlich beim Saarlandtag, dem neugewählten Saarlandtag, der durch freie Wahlen im Spätsommer oder im frühen Herbst zustande kommen soll, und ich begrüße, daß in diesem Grundgesetz Frankreich, Deutschland und die Saarbehörden übereinstimmen. Die Brühigung, die durch das Übereinkommen hinsichtlich der Saar erfolgt ist, hat ganz sicher auch das Klima und die Atmosphäre für die Antwort auf die Sowjetnote wesentlich verbessert.“

kann bieten könne, zwar nahe der Gedanke eines ständig neutralisierten Deutschland, dessen Sicherheit durch die anderen Großmächte garantiert wird, etwas Verlockendes an sich und sowohl im Westen wie auch in Ostdeutschland und Moskau werde für diese Idee geworben. Der Westen sei jedoch zu dem Standpunkt gelangt, daß es keine ständige Neutralität in einem Gebiet geben könne, in dessen unmittelbarer Nähe die Rote Armee stationiert ist.

Präsident Truman, der zu dieser Broschüre ein Vorwort schrieb, wies darauf hin, daß die Außenpolitik der USA den Frieden in der Welt erstrebe, nicht Frieden um jeden Preis, jedoch einen Frieden, in dem die Völker aller Länder — der großen wie der kleinen — ohne Furcht vor Aggressionen und in Freiheit leben können.

Blutige Zusammenstöße in Triest

Demonstranten bauten Barrikaden — Über 200 Verletzte

Triest (UP). Triest war am Samstag und Sonntag Schauplatz blutiger Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten, die mit Protestaktionen ihren Unwillen gegen das Eingreifen alliierter Behörden gegen proitalienische Kundgebungen bekundeten. Dabei sind etwa 150 Zivilpersonen und 57 Polizeibeamte verletzt worden. 61 Personen wurden — zum Teil nur vorübergehend — verhaftet.

Schon in den frühen Vormittagsstunden des Samstag ging die Polizei mit Wertschlüssen gegen Demonstranten vor, welche die Rückgabe von Triest an Italien verlangten; sie hatten in der Innenstadt mehrere Briten und Amerikanern gehörende Automobile umgestürzt, Fenster einiger Militärklubs eingeschlagen, eine britische Fahne niedergeböhlt und verbrannt und sich schließlich verbarrikadiert, um der Polizei Widerstand zu leisten.

Die Polizei war zur Zurückhaltung angewiesen worden. Sie bemühte sich daher anfangs, die Demonstranten ohne Anwendung von Gewalt zu zerstreuen. Als sie dabei keinen Erfolg hatte, setzte sie mehrere Hydranten in Betrieb. Gegen Mittag rottete sich im Zentrum von Triest wiederum eine größere Gruppe von Jugendlichen zusammen, die allen Anweisungen der Polizei trotzte und eine Barrikade aus Plastersteinen zu errichten begann. Als die Polizeibeamten gegen die Barrikaden vorgingen, entwickelte sich ein Handgemenge. Bei neuen Zusammenstößen am Nachmittag ging die Polizei schließlich mit Tränengas gegen die Demonstranten vor.

Am Sonntagmorgen kam es nur zu kleineren Zusammenstößen. Dabei wurden 23 Zivilisten und ein Polizeibeamter verletzt. Am Abend war es in der Stadt wieder ruhig.

An dem Generalstreik, der bis Samstag mittag durchgeführt wurde, haben etwa 50 000 Arbeiter teilgenommen. Der Militärgouverneur von Triest, Generalmajor Sir John Winterton, lud Vertreter aller demokratischen Parteien zu einer Besprechung ein, in der Maßnahmen zur Entspannung der Lage erörtert werden sollten.

Sturm- und Wasserkatastrophen in den USA

Tornados forderten Hunderte von Toten und Verletzten — Wolkenbrüche brachten Hochwasser

New York (UP). Verheerende Wirbelstürme in den Südstaaten und starke Schneestürme im mittleren Norden der USA richteten in den letzten drei Tagen schreckliche Verwüstungen an. Bis her wurden 223 Todesopfer und 1107 Verletzte gezählt.

Die Unwetterkatastrophe hat vor allem die Staaten Arkansas, Tennessee, Mississippi, Missouri, Alabama und Kentucky betroffen. Wetterverschärfungen führen die ungewöhnliche Stärke der Stürme auf das Zusammenstoßen zweier gegenläufiger Wetterbewegungen zurück, bei denen riesige Kaltluftmassen aus Kanada mit einer Warmluftbewegung aus dem Golf von Mexiko zusammentrafen.

Wohn- und Geschäftshäuser stürzten unter der Gewalt der Wirbelstürme wie Kartenhäuser zusammen. Masten der Überlandleitungen wurden gleich Streichhölzern geknickt. Mit welcher Wucht der Sturm über das Land jagte, läßt sich daran erkennen, daß bei Brownsville in Tennessee ein Automobil in 116 Höhe gehoben wurde und zweihundert Meter weiter mit den Rädern nach oben zu Boden stürzte. Der Fahrer des Wagens wurde auf der Stelle getötet. Die Bergung der Toten und der wahrscheinlich sehr großen Zahl von weiteren Verletzten gestaltet sich in den von Häusertrümmern und umgestürzten Bäumen blockierten Straßen äußerst schwierig. In vielen Ortschaften sind die Leichenhallen überfüllt, so daß die Todesopfer in Gerichthgebäuden und auf offener Straße aufgebahrt werden müssen.

Neben den Sturmchäden wurden auch schwere Überschwemmungskatastrophen aus den Flußgebieten der Staaten Illinois, Indiana, Kentucky und Tennessee gemeldet. Der Cumberland-Fluß in Kentucky stieg innerhalb einer Stunde durch die wolkenbruchartig niedergehenden Regengüsse um 45 Zentimeter an. Bis her wurden 6 Todesopfer bei den Überschwemmungen gezählt. Viele Bewohner der Flußgebiete mußten Hals über Kopf ihre Anwesen verlassen, um sich vor den anströmenden Wassermassen zu retten.

Der Bundespräsident ehrt Beethoven
Grotewohl: Prophet der sowjetischen Revolution

Bonn (UP). Anlässlich der 125. Wiederkehr des Todestages Ludwig van Beethovens wird Bundespräsident Heuss am 26. März im Geburtshaus des Komponisten in Bonn einen Kranz niederlegen. Neben dem Bundeskanzler und den Bundesministern sowie Vertretern des Landes Nordrhein-Westfalen nehmen auch die Angehörigen des diplomatischen Korps an der Gedenkfeier teil.



Der Ministerpräsident der Sowjetzone, Grotewohl, feierte bei der Eröffnung der Ostberliner Ausstellung „Beethoven und seine Zeit“ den großen Komponisten als Vorkämpfer und Propheten der sowjetischen Oktoberrevolution. „Wofür Beethoven kämpfte, was er für die Zukunft weit voraussahnte, das wurde durch die große sozialistische Oktoberrevolution in Russland für ein Sechstel der Erde Wirklichkeit“, erklärte Grotewohl.

Volkholz wollte Landrat werden

Regensburg (UP). Der Landkreis-Wahlkreiswahl des Landkreises Kötzing lehnte die Kandidatur des nach Österreich geflüchteten Bundes- und Landtagsabgeordneten der Bayernpartei, Ludwig Volkholz, mit fünf gegen eine Stimme ab. Die Entscheidung wurde mit dem bayerischen Landkreis-Wahlgesetz begründet, wonach sich ein Landratskandidat in demokratischer Staat bewähren muss. Volkholz war von einer Kreis-Delegiertenversammlung der Bayernpartei in Kötzing trotz Einspruchs des Landesvorsitzenden Dr. Baumgartner als Kandidat für den Posten eines Landrats aufgestellt worden.

U-Boote von Polarreise zurück

Campbeltown, Schottland (UP). Die britischen Unterseeboote „Tacturn“ und „Amphion“ sind nach einer zweiwöchigen Fahrt, die bis 300 Seemeilen nördlich des Polarkreises führte, in ihren Heimathafen zurückgekehrt. Während ihrer Reise legten die beiden U-Boote insgesamt 3000 Seemeilen ohne Brennstoffaufnahme zurück. In den arktischen Gebieten waren die beiden Schiffe nach Aussagen ihrer Kommandanten zeitweise mit einer Eisschicht bedeckt. Vor jedem Tauchmanöver habe die Eisschicht erst losgeschlagen werden müssen, um die Luken zum Niedergang öffnen zu können.

Bauern von den Pferden geschossen

Nuoro, Italien (UP). In der italienischen Provinz Nuoro (Sardinien) ist eine Großfahndung nach einer Gruppe Banditen im Gange, die zwei Bewohnern des Dorfes Fonnai aufgelauert und sie erschossen hatten. Nach Polizeiberichten kehrten drei Bauern auf ihren Pferden von der Feldarbeit nach Hause zurück. Unweit ihres Dorfes sprangen mehrere Banditen aus einem Gebüsch hervor und forderten die Bauern auf, abzustiegen. Die Bauern gaben ihren Pferden jedoch die Sporen und versuchten zu entkommen. Darauf jagten die Banditen den Flüchtenden einige Salven aus ihren Maschinenpistolen nach und töteten zwei Bauern. Der dritte konnte unverfehrt entkommen.

Lastenausgleichsentwurf fertig

Käther: In der jetzigen Form unannehmbar

Bonn (UP). Die Ausschussberatungen über das Lastenausgleichsgesetz im Bundestag sind abgeschlossen worden, über einen Zuschuss zum voraussichtlichen Jahresaufkommen aus dem Lastenausgleich in Höhe von 2,5 Milliarden DM durch den Bund wird jedoch noch verhandelt. Der Bundesflüchtlingsminister hatte 440 Millionen DM Zuschuss von der öffentlichen Hand verlangt. Der Bundesfinanzminister will aber, daß die Länder sich an der Aufbringung der Mittel weitgehend beteiligen. Es wird betont, daß nach dem Lastenausgleichsgesetz allein etwa 1,7 Milliarden DM Renten gezahlt werden sollen, so daß für die Haushaltsentschädigungen und die sehr wichtige Eingliederungshilfe für Vertriebene nicht viel übrig bleiben würde, wenn die öffentliche Hand nicht zusätzliche Mittel zur Verfügung stellt.

Der Entwurf des Lastenausgleichsgesetzes sei in der jetzigen Fassung für die Vertriebenen unannehmbar, erklärte dazu der Vorsitzende des „Bundes vertriebener Deutscher“, Dr. Käther. Das Aufkommen für den Lastenausgleich sei unzureichend und die bisher in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Vorfinanzierung unbefriedigend. Einschließlich der Vorfinanzierung werden für Eingliederungsmaßnahmen nur etwa 300 bis 400 Millionen DM im Jahr zur Verfügung stehen.

Saar-Wahlen sollen entscheiden

Regierung: Saarstaat nicht anerkannt - SPD: Größte Niederlage der Regierung

Bonn (UP). Gegenüber den letzten französischen und saarländischen Erklärungen beharrt Bonn auf dem Standpunkt, daß die Bundesregierung in den Pariser Verhandlungen den Saarstaat nicht anerkannt habe. Der saarländische Landtag, der im Herbst über die Zukunft des Saarlandes zu entscheiden haben. Deshalb wird in Regierungskreisen darauf hingewiesen, daß eine Fühlungnahme mit den an der Saar verantwortlichen Behörden unumgänglich sei, wenn man dort die Voraussetzungen für echte freie Wahlen schaffen wolle. Die Behauptung, daß die Bundesregierung damit den Saarstaat anerkenne, entbehre aber jeder rechtlichen Begründung.

Die Erklärung des französischen Außenministers Schuman vor dem Rat der Republik, daß Frankreich auf der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion und der politischen Abtrennung der Saar von Deutschland beharre, hat in Bonn Befremden ausgelöst. Was der Bundeskanzler in den gemeinsamen Besprechungen mit Vertretern Frankreichs und der Saar erreichen wolle, sei, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die 900 000 Deutschen an der Saar selbst sich frei entscheiden können.

Die Fraktion der Deutschen Partei stellte sich auf den Standpunkt, daß die Saar international anerkannter Bestandteil des deutschen Reiches ist. Eine Volksabstimmung oder gar ein Landtagsbeschluss über die politische Abtrennung der Saar könne nicht zugestanden werden. Gegenstand der Abstimmung könne nur die Frage sein, ob das Saargebiet

wie bisher nach der Reichsverfassung ein Teil eines anderen deutschen Landes sein oder ob es selbst den Status eines deutschen Landes erhalten soll.

Die SPD wirft dem Bundeskanzler vor, seine „Politik des geringsten Widerstandes“ gegen den französischen Anspruch, das Saargebiet unter allen Umständen aus dem deutschen Staatenverband herauszulösen, auch bei seinen letzten Verhandlungen in Paris fortgesetzt zu haben. Die SPD meint, daß die Hinzuziehung der Hoffmann-Regierung an der Saar die praktische Anerkennung der Saarregierung durch den Bundeskanzler bedeute. Auf einer SPD-Versammlung in Eisenberg in der Pfalz warf Erich Ollenhauer Dr. Adenauer vor, er betreibe eine Politik einseitiger Konzessionen, ohne das Problem einer echten Lösung näher zu bringen. Die Wunde an der Saar werde mit der Europa-Flagge zugedeckt. Die Pariser Verhandlungen bezeichnete Ollenhauer als die größte Niederlage der Bundesregierung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Bundestag, August Martin Euler, sagte auf einer Tagung des geschäftsführenden Vorstandes seiner Partei im Jagdschloß Kranichstein bei Darmstadt, die FDP stehe einer Europäisierung der Saar sehr skeptisch gegenüber und werde sich deshalb auf keine europäische Scheinlösung einlassen. Bevor man diese Frage endgültig löse, sei es notwendig, daß die einseitig zugunsten französischer Wirtschaftskreise vorgenommenen Besitzänderungen im Saargebiet aufgehört. Die Schaffung demokratischer Zustände in diesem Land sei überdies die Voraussetzung vor Beginn ernstzunehmender Verhandlungen.

UN-Deutschlandkommission gescheitert

General Tschukow gab keine Antwort - Großkundgebung in Berlin

Berlin (UP). Die UN-Kommission zur Prüfung der Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen wird am Montag Berlin verlassen, ohne die übertragene Aufgabe erreicht zu haben.

General Tschukow, der Leiter der sowjetischen Kontrollkommission, hat das Ersuchen der vier Delegierten um die Einreiseerlaubnis in die Sowjetzone ignoriert und damit ihre Tätigkeit überhaupt illusorisch gemacht, da sie auf Beschluß der UN-Vollversammlung ihre Untersuchungen nur gleichzeitig in allen vier Besatzungsgebieten ausführen soll. Wie der Vorsitzende der Kommission, Kritjan Albertson, in einer Pressekonferenz in Berlin erläuterte, muß die Kommission — nachdem sie keinen Einlaß in die Sowjetzone fand — sich aller Urteile über die Wahlvoraussetzungen im Westen und Osten Deutschlands enthalten. Auch die von der Bundesregierung und dem Westberliner Senat erteilten Informationen wären damit hinfällig. Albertson kündigte jedoch an, die Kommission werde von ihrem Hauptquartier in Genf aus General Tschukow in einem dritten Schreiben ersuchen, ihr die Fühlungnahme mit den ostdeutschen Behörden und eine Einreise in die Sowjetzone zu ermöglichen. Man wolle „nicht zu früh die Tür schließen, ehe nicht alle Hoffnungen und Möglichkeiten für eine Verständigung erschöpft“ seien. Aus Reden von Pankow Regierungsfunktionären sowie aus Erklärungen des Moskauer Rundfunks und der Ostpresse geht jedoch hervor, daß hierfür kaum mehr Chancen vorhanden sind.

Kurz vor der Abreise der Kommission fand in Westberlin eine stark besuchte Kundgebung unter dem Motto „Die Ostzone ruft die UN“ statt, auf der u. a. Bürgermeister Reuter, der Leiter der Kampagne gegen Unmenschlichkeit Tillich, der CDU-Fraktionsvorsitzende Lemmer und der Berliner DGB-Vorsitzende Scharnowski sprachen. Reuter erklärte: „Die UN-Kommission wird wieder kommen. Wir werden dafür sorgen, daß sie wiederkommt.“ Durch Gespräche mit Vertretern der Sowjetzonen-Bevölkerung hätten die UN-Delegierten die Überzeugung gewonnen, daß sie dazu beitragen müßten, die furchtbaren Zustände in diesem Gebiet zu überwinden. Die deutsche Aufgabe sei es, die Welt zu rufen und ihr klar zu machen, „daß

nicht nur in Korea, sondern auch in Berlin um das Schicksal der Welt gewürfelt wird.“

Reuter betonte außerdem in einem Schreiben an den Ostberliner Oberbürgermeister Ebert erneut die Bereitwilligkeit, jederzeit Wahlen für ganz Berlin abhalten zu lassen. Er beantwortete damit einen an ihn und das Westberliner Abgeordnetenhaus gerichteten Vorschlag Eberts zu gesamtberliner Verhandlungen über die sowjetische Friedensvertragsnote. „Stimmen Sie endlich der sofortigen Abhaltung von Wahlen auf Grund der Wahlordnung vom Jahre 1946 zu“, heißt es in dem Brief Reuters, „und unterwerfen Sie sich damit dem Spruch des Volkes, dem Sie bisher beharrlich ausgewichen sind. Das ist die Tat, die von der gesamten Bevölkerung Berlins von Ihnen mit Ungeduld erwartet wird.“

Indien gegen Kolonialherrschaft

Kalkutta (UP). Eine Konferenz der allindischen Kongreßpartei billigte die Außenpolitik des Ministerpräsidenten Nehru und sprach ihm das Vertrauen aus. Die Konferenz nahm eine Entschließung an, in der die Abschaffung jeglicher Kolonialherrschaft über asiatische und afrikanische Völker gefordert wird. Ferner wurde die Annullierung der südafrikanischen Rassengesetze als wichtige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Friedens bezeichnet.

Verhandlungen zwischen London und Kairo

Anzeichen eines Kompromisses - Ägyptens Parlament wird aufgelöst

Kairo (UP). Mit einer 90 Minuten dauernden Unterredung zwischen dem ägyptischen Ministerpräsidenten Hilali Pascha und dem britischen Botschafter Sir Ralph Stevenson wurde der erste Schritt zu neuen anglo-ägyptischen Verhandlungen unternommen. Eine zweite Zusammenkunft soll in nächster Zeit erfolgen.

Die der ägyptischen Regierung nahestehende Zeitung „Al Ahram“ will von „zuständiger Seite“ Informationen über die britisch-ägyptischen Vorverhandlungen erfahren haben. Das Blatt erklärt, daß zwischen Ministerpräsident Hilali Pascha und dem britischen Botschafter nunmehr eine Grundlage für die Wiederaufnahme der Verhandlungen gefunden worden sei. Zur Zeit würden Einzelheiten der ägyptischen Forderung auf Räumung der Suez-Kanalzone durch die Briten und der Vereinigung Ägyptens mit dem Sudan besprochen. Die Briten sollen bereit sein, die Suezkanalzone zu evakuieren, wenn Ägypten einem Nahostpakt beitrete. Ägypten wolle dies tun, sobald ein Abkommen über den Abzug der britischen Truppen erreicht sei. In der Sudan-Frage sei eine Annäherung der Standpunkte erzielt, doch bestünden noch Meinungsverschiedenheiten über die Methoden.

„Al Ahram“ erklärt, Hilali Pascha versuche, die Briten zur Abgabe einer Erklärung zu veranlassen, in der sie den Grundsatz der Evakuierung der Suezkanal-Zone und der Vereinigung des Sudans mit Ägypten anerkennen. Die Briten wünschten dagegen zuerst die Frage zu klären, wie die Evakuierung vor sich gehen und wie das Vakuum ausgefüllt werden soll, das nach der Räumung entstehen würde. Die Briten seien zur Abgabe dieser Erklärung erst dann bereit, wenn die Grundlinien der Räumung der Kanalzone feststehen. Das ägyptische Blatt läßt hierbei durchblicken, daß beide Parteien noch mit der Eröffnung formeller Verhandlungen zögerten, bevor sie von ihrem erfolgreichen Ausgang überzeugt sind.

Die ägyptische Regierung hat am Sonntagabend auf einer Kabinettsitzung beschlossen, König Faruk ein Dekret zur Unterzeichnung vorzulegen, wonach das Parlament aufgelöst

Verhandlungsbeginn USA—Spanien

Jugoslawische Offiziere lernen in Amerika

Washington (UP). Verhandlungen zwischen den USA und Spanien über ein Abkommen, das amerikanischen Truppen die Benutzung spanischer Stützpunkte gestatten soll, werden nach amtlicher Mitteilung im Laufe dieser Woche in Madrid beginnen.

Ein maßgebender amerikanischer Diplomat äußerte bei dieser Gelegenheit, Jugoslawien scheine bereit zu sein, im Falle einer ernstlichen Bedrohung seiner Grenzen Militärbesprechungen mit Griechenland und der Türkei aufzunehmen. Im Augenblick erachte Jugoslawien derartige Gespräche jedoch nicht als notwendig. Es konzentriere sich aber darauf, seine wirtschaftliche und militärische Stärke weiter zu erhöhen. Die Beziehungen zu Griechenland und der Türkei seien freundschaftlich und es sei zu erwarten, daß sie sich im Laufe der Zeit noch enger gestalten werden. Dieser Diplomat deutete auch an, daß jugoslawische Offiziere und Soldaten in den USA an militärischen Kursen teilnehmen würden.

Rumänien hat die sofortige Auslieferung des rumänischen Flugzeuges und seiner fünfköpfigen Besatzung, die in der vergangenen Woche nach Jugoslawien geflohen ist, gefordert. Das Belgrader Regierungsblatt „Politika“ erwiderte hierauf, daß Rumänien seitens der erbetene Rückgabe eines auf rumänischem Territorium im Jahre 1950 gelandeten jugoslawischen Übungsflugzeuges verabsäumt habe. Die jugoslawische Regierung pflege Flugzeuge zurückzurufen, die Fliegern dagegen Asyl zu gewähren.

In Belgrad wurden 22 Personen aus dem Gebiet von Kosowo zu Haftstrafen zwischen einem und 15 Jahren verurteilt, weil sie für die albanische Geheimpolizei Spionagedienste geleistet haben sollen.

USA drohen China mit Blockade

Eine geheimnisvolle Revolte in Rotchina

Manila, Philippinen (UP). Der amerikanische Marineminister Kimball sagte auf einer Pressekonferenz, daß die amerikanischen Seestreitkräfte jederzeit bereit seien, eine Seeblockade über Rotchina zu verhängen. Schon jetzt hätten die USA genügend Einheiten in den chinesischen Gewässern, um eine solche Blockade in Kraft treten zu lassen; außerdem könnten jederzeit noch Verstärkungen herangeführt werden. Es sei möglich, daß zu dieser Maßnahme gegriffen werde, falls die Waffenstillstandsbesprechungen in Korea zusammenbrechen sollten.

Die Verhandlungen in Pan Mun Jon dauerten am Samstag und Sonntag jeweils nur einige Minuten, ohne ein Ergebnis zu zeichnen.

Im vergangenen Monat fand in der Provinz Hupeh ein bewaffneter Aufstand gegen die reichsdeutschen Behörden statt, wie erst jetzt in Hongkong durch einen verspäteten Bericht des Organs der kommunistischen Partei in Hankau bekannt wird. Diesem Bericht zufolge stürmte eine organisierte Gruppe von 280 Mann die Verwaltungsbehörde des Dorfes Hahsui, tötete den Bürgermeister und schickte sich an, gegen die Distriktbehörde vorzugehen, als herbeigerufene militärische Verstärkung sie an diesem Vorhaben hinderte. Es fand ein erbitterter Kampf statt mit bedeutenden Verlusten auf beiden Seiten, über die jedoch nähere Einzelheiten nicht bekannt gegeben wurden. Der kommunistische Bericht spricht lediglich von 70 Rebellen, die sich auf einem Hügel verschanzten und so lange Widerstand boten, bis sie entweder getötet oder gefangen waren. Die Revolte soll von einer religiösen Bruderschaft inszeniert worden sein.

Israels Forderungen wachsen

Volle Entschädigung für jüdische Überlebende

Den Haag (UP). Moses Leavitt von der Organisation für die Wiedergutmachung materieller Schäden an der früheren jüdischen Bevölkerung Deutschlands forderte die Bundesregierung auf, für eine schnelle Entschädigung der „jüdischen Überlebenden des Hitler-Terrors“ Sorge zu tragen. In einem Kommuniqué im Anschluß an eine Sitzung der israelisch-deutschen Wiedergutmachungsverhandlungen verlangte Leavitt, daß die Bundesregierung die volle Verantwortung für die Erfüllung der Entschädigungsverpflichtungen des Dritten Reiches übernehmen müsse. Die gegenwärtige deutsche Gesetzgebung sehe vor, daß für materielle Schäden aus der Zeit Hitlers Ersatzansprüche gestellt werden könnten. Jedoch habe die Bundesregierung es bisher abgelehnt, ihre Verpflichtung für die Entschädigung jüdischer Überlebender anzuerkennen. Alles jüdische Eigentum in Deutschland, auf das keine Forderungen erhoben würden, solle jüdischen Organisationen zur Unterstützung von Überlebenden der Nazizeit übergeben werden.

John Foster Dulles, der außenpolitische Berater Trumans und Schöpfer des japanischen Friedensvertrages, hat seinen Dienst im State Department quittiert.

Über 5000 Kommunisten veranstalteten in Wien eine Protestkundgebung gegen die „bakteriologische Kriegführung der amerikanischen Imperialisten“ in Korea.

Aus der Stadt Ettlingen

.... einmal die Tapete wechseln

Den Dauermüden werden die Augen endlich geöffnet...

Fachleute in der Industrie haben das längst erkannt...

Die Fachleute haben besondere Eigenschaften der Tapetengrundfarben...

Für die Dauermüden ist Gelb oder Creme das Richtige...

Blau verwendet man für die kleinen Zimmer. Die Farbe hat die Eigenschaft...

Orange und Rosa bringen Wärme ins Heim. Rot wärmt sogar noch mehr...

Blaugrün und Graugrün sind das Richtige für den geistig Arbeitenden...

Violett ist der Feind der Realisten, aber dem Romantiker mag die Farbe gefallen...

Ab 1. April nur noch „Fernmeldeämter“

Alle selbständigen Fernsprech- und Fernämter der Deutschen Bundespost...

Aufnahmen von deutschen Soldatengräbern

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat jetzt die Möglichkeit...

Im Mai gehts an den Neckar

Generalversammlung des Schwarzwaldvereins Ettlingen

Am Samstag, 22. März, hielt die Ortsgruppe Ettlingen des Schwarzwaldvereins...

Ein Zeichen der guten Verdenheit kam immer wieder bei den größeren Veranstaltungen zum Ausdruck...

Mit viel Begeisterung und Zustimmung erörterte Herr Sauer als nächstes Ziel...

Die Lieder der Jugendgruppe ernster und heiterer Art durchwühlten die schön verlaufene Jahreshauptversammlung...

Die Jugendfilmstunde im Jugendheim

bringt am Donnerstag, 27. März, um 18.30 Uhr den Film „Die weiße Majestät“...

Glänzender Aufstieg des TuS

Sportler zwischen 20 und 30 Jahren fehlen

In der Generalversammlung des Turn- und Sportvereins am Samstag im „Engel“...

Das beste Beispiel für das Aufleben des Vereins sei das Ansteigen der Mitgliederzahlen...

Dem Kassenbericht von Karl Dürkop folgten die Berichte der einzelnen Spartenleiter...

Der Verein beschloß, die Satzungen der Sportvereinsung für den TuS umzuändern...

Um auch außerhalb der Veranstaltungen an die Öffentlichkeit zu treten und um den Gedanken des Turnens zu werben...

Der Ettlinger Turn- und Sportverein hat in dem vergangenen Geschäftsjahr bewiesen...

Die Aufzählung der Sportvereinsung vor einem Jahr geschah nicht allein wegen der fehlenden Mitarbeiter im Verein...

Die Schwierigkeiten vieler Gesangsvereine durch Urheberrechte und Steuern sind noch nicht behoben...

Wir freuen uns, daß die Sängergruppe Albau unter Leitung von Max Baumann...

Liedpflege im Albau

gemeinsame Veranstaltung der Gesangsvereine des Albais durchgeführt werden...

Die Gruppenwahlen hatten folgendes Ergebnis: Max Baumann (Eintracht) Ettlingen...

Wir freuen uns, daß die Sängergruppe Albau unter Leitung von Max Baumann...

Unterwegs erlauscht

Der Gscheites Franz und der Schläusepp trafen sich bei der Wilhelmshöh...

Wells heit so sech isch, hää ich zu Meinerer sagt, laf ich emol do nei in d'Wilhelmshöh...

Sei doch jetzt net so onfädig Franz, dir met Eierem Bauererstand dohower...

Was haltst zfriede, ich bin jo in kotm Fall der Betroffene, Wieso, was haltst du der Betroffene, Sepp? Wie moinsch denn des?

Wie ich des moin, Franz? Ganz ofach, Hasch du a noch nex glernt! Ich bin überparteilich...

Wie ich des moin, Franz? Ganz ofach, Hasch du a noch nex glernt! Ich bin überparteilich...

Ja Sepp, awer mich dät doch intressiere, wer jetzt eigentlich regiert; ich moin, wer jetzt s'Heft in d'Hand nemt!

wer jetzt eigentlich regiert; ich moin, wer jetzt s'Heft in d'Hand nemt!

Was isch denn des Sepp, e Koalition? Ich wais a net genau, aber des wais ich gnau...

Hajo, do hosch jo recht, Franz, die stärksch Partei hats erschie Recht, des sagt der gsund Menscherverstand...

Halt kol lange Rede, Sepp, sag mer liewer, was denn moinsch, wie werds? Wer mer so heer und läßt mest sich de neue Abgeordnete...

Sele isch awer net leicht, Franz — waisch warum? Se senn allot net stark gnug...

Hano, ich denk se wern aus der frühere Fehler ebbs kerne, also warde mer ab, was se aspriede...

Zur Beruhigung für Franz und Sepp sowie unsere Leser bemerken wir, daß die Wohnungsbaugeister selbstverständlich nicht für den Badbau verwendet werden...

Speiseissherstellung und Speiseisverkauf Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß für die Herstellung und den Vertrieb...

Kräuselkrankheit jetzt bekämpfen! Aufruf Nr. 1 des Rebschutzdienstes Nordbaden Auf zahlreichen Bemerkungen...

1. Emulgiertes Obstaukarbolinum 6-8%ig, 2. Bariumpolyulfid (Solbar u. a.) 3-5%ig, 3. Gelbspitzmittel (Dinitroresol) Pulver 1%ig, 4. Colloid- oder Netzschwefel 0,75%ig.

Es sollten nur anerkannte Mittel Verwendung finden. Bei der Herstellung der Brühen sind die den Packungen aufgedruckten Anweisungen genau zu beachten.

Um einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen, ist die Flüssigkeit unter hohem Druck unter Verwendung eng geborhter Spritzdüsen...

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

werden. Nach der Spritzung sind die verwen-



Morgen Dienstagabend 20 Uhr in der Schil-

Sport-Nachrichten der EZ

Table with sports results for various teams and events, including Staffell Mittelbaden, Handball, and Obstgroßmarkt Oberkirch.

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and other commodities.

Wettervorhersage
Montag bewölkt, zeitweise auch bedeckt

Zur Rattenbekämpfung in unserer Stadt

nimmt der Tierschutzverein Ettlingen aufklä-

nach der Aufnahme, so daß wesentliche Men-

VOM TAGE

Zwei deutsche Heldenfriedhöfe in Belgien

Aus den Albgau-Gemeinden

Malsch. Das Volksbildungswerk für den

Bei welcher Farbe fühlen Sie sich wohl?

Jeder weiß, daß uns eine Wohnung im

gischer Lichtfülle. Rosa und orange Tapeten-

Der wirkungsvolle Hintergrund

Über alles die Harmonie

Pfaffenrot

Volksbildungswerk sehr gut besucht

Bericht aus Speffart

Speffart. Am heutigen Montag, 24. März,

gegen Kopfschmerz: PETRIN

Zurück Dr. med. E. Höllischer

Kochlehrling und Küchen-Mädchen

Bronchitis, Asthma

Autosorgen?

ZU VERKAUFEN

ZUMIETEN GESUCHT

VERSCHIEDENES

Haarausfall

Vegetabilisches Augenwasser

Badenia-Drogerie

RESTE! RESTE!

Aus der badischen Heimat

Erzbischof Rauch sprach in Mannheim
 Mannheim (Isw). Erzbischof Dr. Rauch, Freiburg, sprach am Sonntag auf einer gut besuchten Katholikenversammlung in Mannheim. Der Erzbischof erläuterte im wesentlichen seine bereits im Fastenhirtenbrief niedergelegten Gedanken. Vorher hatte der Kultusminister von Rheinland-Pfalz, Dr. Finck, über das christliche Brauchtum sowie Erziehung- und Schulprobleme gesprochen. Das Orchester des Nationaltheaters und die Vereinigten Mannheimer Kirchenchöre mit 500 Sängern umrahmten die Feier.

Diebstahl von Fabrikationsplänen
 Mannheim (Isw). Das Schöffengericht Mannheim verurteilte einen 38jährigen Konstrukteur wegen Diebstahls, Betrugs und Vergehens gegen das Gesetz zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten. Der Angeklagte hatte seit dem Jahr 1950 ständig Originalzeichnungen und Lichtpausen über neueste Fabrikationsmethoden eines Mannheimer Betriebs mit sich nach Hause genommen. Nachdem er seine Stellung in dem Betrieb aufgegeben hatte, ließ er sich durch einen früheren Untergebenen weitere Unterlagen besorgen. Einen großen Teil dieser Unterlagen verkaufte er an ein Konkurrenzunternehmen, dessen Bedenken er durch die Versicherung, es handle sich um sein eigenes geistiges Eigentum, zerstreute.

US-Kreisvertreter von Mannheim gestorben
 Mannheim (Isw). Der bisherige US-Kreisvertreter von Mannheim, Hugh Mair, ist im Alter von 52 Jahren unerwartet verstorben. Er hatte am Freitagabend einen Empfang für den Mannheimer Oberbürgermeister gegeben. Am Sonntag morgen wurde er tot in seinem Bett aufgefunden. Die Todesursache ist noch nicht bekannt. Mair, der im Zivilberuf Lehrer und Schulrat im Staate Wisconsin war, befand sich seit 1945 in Deutschland. Während des Krieges war er Major bei der US-Panzertruppe. Von 1945 bis 1947 war er stellvertretender Militärgouverneur von Stuttgart, ab 1947 amerikanischer Kreisvertreter von Mannheim.

70 000 beim Weinheimer Sommertag
 Einem der beliebtesten Volksfeste

Weinheim (Isw). Rund 70 000 Besucher aus nah und fern hatten sich am Sonntag in der mit Fahnen und jungen Blüten festlich geschmückten Stadt Weinheim an der Bergstraße zusammengefunden, um das 50. Jubiläum des Weinheimer Sommertags zu begehen. Der Festzug, der den Frühling und die Baumblüte an der Bergstraße versinnbildlichte, fand mit der symbolischen Verbrennung des Winters auf dem alleherwürdigen Marktplatz der Stadt seinen Höhepunkt. Der Zug war über zwei Kilometer lang. Für die schönsten Festwagen und die traditionellen Sommertagsstecken hatte die Stadtverwaltung hohe Geldpreise zur Verfügung gestellt. Die Weinheimer Geschäftsleute hielten ihre Ladengeschäfte offen. Viele Verkehrsverbände hatten Sonderfahrten nach Weinheim veranstaltet.

Wie sieht Weinheim im Jahre 2000 aus?

Weinheim (Isw). Der Verkehrs- und Städteplaner Dr.-Ing. Borst aus Herbrechtingen bei Heidenheim, der vor etwa einem Jahr mit der Prüfung der Weinheimer Verkehrsverhältnisse und mit einem Entwurf für die weitere Verkehrs- und Stadtplanung beauftragt wurde, gab vor Vertretern der Stadtverwaltung des Stadtrats seinen Entwurf bekannt. Der Raum Mannheim sei verkehrsmäßig ungleich stärker belastet als z. B. der Raum Stuttgart. Aus diesem Grund sei das dringendste Problem Weinheims, ausreichende Parkplätze zu schaffen. Der Plan Dr. Borsts berücksichtigt eine Einwohnerzahl Weinheims von 50 000 bis 70 000, welche die Stadt nach seiner Schätzung etwa im Jahr 2000 erreicht haben wird. Der Entwurf sieht besonders eine

Ausdehnung der Stadt in Richtung Odenwald vor. Man müsse städtische Omnibuslinien einrichten und die Verkehrsbetriebsmittel nach Darmstadt verstärken. Die günstigste Lösung sei die Verlängerung der Kleinbahn von Heidelberg über Weinheim bis Darmstadt. Die Voraussetzungen zu diesem Entwurf wurden durch umfangreiche Verkehrszählungen im vergangenen Jahr ermittelt. Die Vorschläge Dr. Borsts werden in einem Forum der Weinheimer Öffentlichkeit noch zur Diskussion gestellt.

Gemeindeordnung durch Volksbegehren?

Bretten (Isw). Vertreter der Bürgerausschüsse aus zehn württembergischen Kreisen sprachen sich auf einer mehrtägigen Konferenz in Bretten für eine Aufnahme des Volksentscheids und des Volksbegehrens in die künftige südwestdeutsche Gemeindeordnung aus. Außerdem wurde die Verlängerung der Amtsperiode der Bürgermeister auf zehn Jahre vorgeschlagen. In der Diskussion wurde verlangt, daß möglichst in allen Gemeinden Bürgerausschüsse gebildet werden sollten. Neben diesen Ortsausschüssen sollten Kreis-

ausschüsse und schließlich eine Arbeitsgemeinschaft auf Landesebene ins Leben gerufen werden. Es ist geplant, die Vertreter für diese Arbeitsgemeinschaft bei einer Delegierten-tagung im April zu wählen.

Landestagung der Europa-Union

Offenburg (Isw). In Offenburg fand die Landestagung der Europa-Union in Südbaden statt. Landesvorsitzender Schänzinger kündigte dabei an, daß die Landesverbände Südbaden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zusammengelegt werden sollten, wenn die Regierungsgeschäfte im Südweststaat auf die neue Regierung übergehen. Einstimmig nahmen die Delegierten einen Vorschlag an, daß der bisherige Vorstand bis zur Zusammenlegung der Landesverbände im Amt bleiben und dann zusammen mit den Vorständen der Landesverbände in Stuttgart und Tübingen einen vorläufigen gemeinsamen Vorstand bilden solle. Der Generalsekretär der Deutschen Europa-Union, Dr. Unger, kündigte eine verstärkte Kampagne der Europa-Redner auch in Deutschland an.

Erste Arbeitssitzung der Landesversammlung

Bereits für kommenden Mittwoch geplant

Stuttgart (Isw). Der Alterspräsident der Verfassungsgebenden Landesversammlung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes, der 74-jährige Freudenstädter CDU-Abgeordnete Bäßler, der die konstituierende Sitzung der Landesversammlung eröffnen wird, hat den Abgeordneten telegraphisch mitgeteilt, daß bereits am kommenden Mittwoch mit einer ersten Arbeitssitzung zu rechnen sei. In dieser Sitzung — so verlautet aus zuverlässiger Quelle — sollen die Initiativgesetzentwürfe für ein „Überleitungsgesetz“ in erster Lesung beraten und dann dem noch zu bildenden Verfassungsausschuß überwiesen werden. Der Entwurf der DVP/FDP liegt bereits seit Freitag bei der Geschäftsstelle der Landesversammlung vor. Ein Entwurf der SPD ist ebenfalls noch vor Dienstag zu erwarten. Es ist damit zu rechnen, daß die Fraktionen der Verfassungsgebenden Landesversammlung bei ihren Beratungen sich damit einverstanden erklären werden, daß die Arbeitssitzungen bereits einen Tag nach der Konstituierung der Versammlung aufgenommen werden.

Wie ferner verlautet, erwarten die Fraktionen der SPD, DVP/FDP und BHE (Richtung Kraft) vor Eröffnung der Landesversammlung den CDU-Vorschlag über die Person des Präsidenten der Verfassungsgebenden Landesversammlung, um zu dieser Frage noch frühzeitig Stellung nehmen zu können.

Die Geschäftsordnung der Landesversammlung

Als Grundlage für die Verfassungsgebende Landesversammlung Südwestdeutschlands, die am Dienstag beginnt, ist die Geschäftsordnung des württemberg-badischen Landtages in Aussicht genommen. Ein entsprechender Vorschlag wurde in einer Besprechung gemacht, die in Stuttgart zwischen dem württemberg-badischen Ministerpräsidenten Dr. Maier, dem Alterspräsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung, dem Freudenstädter CDU-Abgeordneten Bäßler und dem württemberg-badischen Landtagspräsidenten Wilhelm Keil stattfand.

Die Abwehr des Kommunismus

Hochschultagung in Heidelberg

Heidelberg (Isw). Die Möglichkeiten, die sich dem Westen zur Abwehr des Kommunismus bieten, wurden auf einer Tagung in Heidelberg erörtert, die gemeinsam vom Verband nordbadischer Volkshochschulen, der Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, der Universität Heidelberg, der Wirtschaftshochschule Mannheim und der Technischen Hochschule Karlsruhe veranstaltet wurde. Der Theologe Professor Erich Thier, Heidelberg, kam zu dem Ergebnis, daß der Westen sich lediglich dadurch wappnen könne, daß er die kirchliche Gemeinde stärke, die dem Kollektiv des Ostens entgegenzusetzen sei. Die christliche Gemeinde werde sich dabei letztlich als die stärkere Einheit erweisen, weil ihre Mitglieder dann, wenn sie vor Gott treten, nicht von der Furcht erfaßt seien. Die besondere Beachtung der Zuhörerschaft fand die Stellungnahme Thiers zur Frage des Ursprungs des östlichen Kollektivismus. Er betonte nämlich, daß der jetzt in der Abwehr befindliche Westen mitschuldig sei an der Gefahr, die ihm drohe. Er führte diese Mitschuld auf die im Westen verhärteten Begriffe von Eigentum und Person zurück. Die „ungerechte Verteilung des Eigentums“ machte auch der Wirtschaftssoziologe an der Universität Heidelberg, Professor Dr. Alexander Bistow, verantwortlich für das Vorhandensein des Kommunismus. Ohne Verwirklichung

der Forderung auf soziale Gerechtigkeit werde es keine erfolgversprechende Position des Westens gegenüber dem Osten geben.

Ein unerfreulicher Tumult

Politik der starken Faust hilft nicht viel
 Heidelberg (Isw). Zu einem unerfreulichen Tumult kam es in Heidelberg während einer Versammlung der Besatzungsgeschädigten. Die Atmosphäre, die schon bei Beginn der Versammlung spannungsgeladen war, endete in einem minutenlangen Tumult, als der Heidelberger Oberbürgermeister Swart auf die Not der Heimatvertriebenen hinwies und erklärte, die Politik der starken Faust sei das denkbar ungeeignetste Mittel, um die beschlagnahmten Wohnungen wieder zu erhalten. Zwischenrufe wie „Der Kommunismus zieht nicht mehr!“, „Königsberg interessiert hier nicht!“, „Was ist denn das hier anderes als Raub und Enteignung auf Lebenszeit!“ veranlaßten Dr. Swart nicht mehr weiter zu sprechen, weil er keine Lust habe, sich beleidigen zu lassen. Auch ein Vertreter der amerikanischen Besatzung, Mr. Neel, wurde nicht besser behandelt. Als er erklärte, eine kleine Zahl von Amerikanern könne das gute Einvernehmen zerstören, aber auch eine kleine Anzahl von Deutschen, verließ die Mehrzahl der Versammlungsmitglieder das Lokal.

Tumult um „Hanna Amon“-Film

Offenburg (Isw). Wegen tumultartiger Szenen mußte die erste Aufführung des Veit-Harlan-Films „Hanna Amon“ in Offenburg unterbrochen werden. Gleich nachdem die Vorführung begonnen hatte, waren aus den Reihen der Besucher Protestrufe gegen die Aufführung des Films zu hören. Im Parkett kam es zu einer Schlägerei. Die Polizei schritt ein und hinderte die Demonstranten an weiteren Mißfallenskundgebungen. Einige Demonstranten wurden aus dem Saal verwiesen. Der Großteil des Publikums nahm eindeutig gegen die Demonstranten Stellung, so daß weitere Kundgebungen unterblieben. Nach der Unterbrechung konnte der Film ohne Störungen gezeigt werden.

Ein neuer Grünewald-Fund

Donaueschingen (CND). Prinz Max zu Fürstenberg hat kürzlich aus Privatbesitz zwei Altarflügelbilder erworben, die sich als bisher noch unbekannte Grünewald-Werke herausstellten. Es handelt sich um zwei bisher verschollene, gut erhaltene Tafeln, die ursprünglich als äußere Flügelbilder zum Heller-Altar Albrecht Dürers in der Frankfurter Predigerkirche gehörten. Die beiden Altarbilder sind durch den Frankfurter Handelsmann Jacob Heller unmittelbar nach der Ablieferung des von ihm bei Dürer bestellten Altars, vermutlich um das Jahr 1509, bei Grünewald, der sich damals in Isenheim zur Vollendung des dortigen Altars aufhielt, in Auftrag gegeben worden. Die beiden jetzt aufgefundenen Tafeln weisen einen Stil auf, der stark an einzelne Gestalten des Isenheimer Altars erinnert. Die Tafeln befinden sich jetzt in der fürstlich-fürstenbergischen Gemäldegalerie in Donaueschingen.

Ungehindertes Rheinu-Kraftwerksbau

Eine klare deutsche Stellungnahme

Konstanz (Iid). Der Rheinschiffahrtsverband Konstanz, der deutschseits für die Bestrebungen um die Schiffbarmachung des Hochrheins von Basel zum Bodensee federführend ist, betont in seinem sechsten veröffentlichten Jahresbericht 1951, daß die „erneuten heftigen Angriffe und Proteste von seiten der Heimat- und Naturschutzverbände“ den bereits begonnenen Bau des Kraftwerks Rheinu unterhalb des Rheinfalls von Schaffhausen nicht hindern könnten. Bei allem Verständnis für die Interessen des schweizerischen Natur- und Heimatschutzes sei die neue Kraftquelle, bei deren Bau die Schönheit des Rheinfalls nicht berührt und die ständige Wasserführung der Rheinschleife bei der Klosterinsel Rheinu gewährleistet bleibt, für Deutschland und das energiearme und verkehrsgünstig gelegene Grenzgebiet am Bodensee und Rhein eine Lebensnotwendigkeit. In dem Bericht wird unter Hinweis auf die internationale Zusammenarbeit der deutschen, österreichischen und schweizerischen Schiffahrtsverbände am Dreiländermeer und das sprunghafte Anwachsen des Rheinverkehrs bis Basel und Rheinfelden in den beiden letzten Jahren festgestellt und angekündigt, daß „in der nahenden Entscheidung um den Schiffahrtsausbau bis zum Bodensee“ von seiten des deutschen Verbandes „der Kampf um das Rheinu-Projekt“, das hierfür eine unumgängliche Voraussetzung sei, „mit aller Entschlossenheit fortgesetzt“ werde.

Ein Schiff kam über Land

Ludwigshafen/Bodensee (UP). In Ludwigshafen am äußersten Ende der Überlinger Bucht, ratterten seit einigen Wochen die Niethammer. Dort wird ein stählernes, etwa 50 m langes und 12 m breites Fährschiff aus Einzelteilen montiert, die von einer Donauwerft in Deggendorf in Bayern in Spezial-Eisenbahnwagen im Laufe des Januar nach Ludwigshafen transportiert wurden. Da noch keine Schiffsverbindung zum Bodensee existiert, mußte das mehrere hundert Tonnen schwere Fahrzeug zuerst in Deggendorf vollständig fertiggestellt und dann wieder für den Landtransport in einzelne Teile zerlegt werden.

KOLAND BETSCH
 Copyright by G. Grote-Verlag Hamm

NARREN im Schnee

14
 Richtig, ich habe ja ungesalzene Schmalz in der Tasche. Hier, an die Büme gepappt für die Meisen und Finken und das übrige flatternde Getier. Wohl bekomm's euch allen! Der Akrobat, wie ein streifender Hirsch, stößt in die große Wälderschucht vor.
 Schmalz an die Büme! Ha ha, ich habe das einmal in der Stadt in einem Wirtshaus erzählt. Nein, wie diese Leute gelacht haben. Bierschaum an den Schnausbärten. Prost, riefen sie, und schnupften. Menschen in geordneten Verhältnissen, ha ha, die Hölle über euch!
 Da kommen schon die ersten Feisen.
 Nicht leicht, hier mit den Latten an den Füßen zurechtzukommen.
 Er steigt in das tolle Feisgewirr hinein; ungeheure Schneemassen haben sich aufgetürmt. Unter den Feisen, in Höhlen und Schluchten hängen schwer und glasig die Eiszapfen. Stämme, vom Föhn gefällt, liegen in dieser weißen Wildnis, manche sind abgeknickt, andere mit den Wurzelstücken aus Erde und Gestein gerissen.
 Unmöglich, mit den Skiern hier durchzukommen. Der Akrobat schnallt ab, schuffert die Hölzer und steigt in das wilde Labyrinth hinein.
 Ein Sport besonderer Art, eine eigentümliche Liebhaberei, fortwährend bis an die Brust im Schnee zu versinken. Kälte strömt aus dunklen Mäulern der Schlucht, schattenfrostig ist es an diesem verlassenem Gestade.
 Eine große Höhle, von Eiszapfen verriegelt. Glasige Säulen, gewaltig im Ausmaß, starr und tot.
 Der Akrobat dringt in die Höhle ein, er nimmt einen Ski und zertrümmert das Eis.

stößt einen gähnenden Rachen in diese Kammer des Waldes und müht sich in das finstere Gemach.
 Was will er denn hier? Herz des Waldes, denkt er. Hört man keine Pulse klopfen? Strömt kein Blut in unterirdischen Schlagadern?
 Hier wohnt der Tod, man könnte mit ihm Bruderschaft trinken.
 Verdamm't, da kommt so ein junges Wesen, so eine Pflanze von der Sonnenseite und verdreht dem ganzen Stall die Köpfe. Sind die Menschen denn ganz besoffen? Mir könnte sie nichts anhaben, ho ho, hört, wie ich lache! Er stellt sich hinter die Eiszapfen, die wie eine Orgel auftragen und nicht, wie das Licht von draußen in wirrer Unordnung, farblich zerteilt, hereingeläutert.
 Wenn ich genügend lange stehen bleibe, werde ich selbst ein Eiszapfen, von Glas werde ich überzogen und dann stehe ich da wie eine seltsame Orgelpfeife. Man könnte mich gegen Eintrittsgeld besichtigen.
 Plötzlich fällt ihn Bedrängnis, die Schatten ungewisser Furcht wehen ihn an. Er hört das Hämmern seines Herzens.
 Wichtig packt er einen Ski und zertrümmert die Orgel. Die Eiszapfen stürzen, es poltert und rumpelt in die Tiefe; glitzernde Brocken, gebrochene Säulen zerschellen an Stämmen und Felsen. Eine großartige Zerstörung zaubert der Akrobat. Von unten aber kommt ein Ruf, ganz bestimmt, jetzt hat jemand gerufen: geflücht sogar.
 Der Akrobat tritt aus der Höhle und späht hinab.
 Welche Überraschung: unten zieht „das Roß“ durch den Wald. Ein Roß, hier im Gewirr des Hochwaldes! Natürlich kein echtes Roß, nein, vielmehr ein derbes Bauernmüdel aus einem Wälderort.
 Kennt ihr das Roß? Wenn nicht, dann seid ihr noch nicht beheimatet im Schnee hier oben. Wer diese winterlichen Berge kennt,

der kennt auch das Roß, denn es gehört in diese wilde Arena hinein.
 Rolf Pinkenkötter, der Akrobat, nimmt Skier und Stöcke und steigt mühsam über die Feisen zum Roß hinunter.
 Da steht sie auf den uralten Holzschwarten und hält den bedrohlichen Haselstock in der Hand. Mit langem Bauernrock, einer engen Strickjacke und mit einem lustigen grünen Lodenhut ist sie angezogen. Es ist von Bedeutung, zu sagen, daß diese verwitterte Kopfbedeckung mit einer Hutnadel, mit einer furchtbaren Lanze geradezu, in den fetten Häuten befestigt ist. Wo auf dieser weiten Welt treibt sich noch eine Skiläuferin umher, die mit einer Hutnadel bewaffnet ist? Wieviel mag das Roß wiegen? Einundeinhalb Zentner? Wie alt mag das Roß sein? Fünfunddreißig Jahre. Läuft Ski, daß es dröhnt und trägt Flanelwäsche. Was denn eigentlich hat sie so berühmt gemacht? Sie ist einmal nach einem Meisterschaftsprüfung ganz zuletzt, als die Menge sich verlaufen hatte, mit langem Rock und Flanelhosen über die große Schanze gesprungen, den Hut mit Hutnadel auf dem Kopf, Haselstocken fuchtelnd in der Hand. Ein solcher Sprung genügt zur Unsterblichkeit.
 Das Roß durchstreift die Wälder, übernachtet in Heuhütten und ist scheu wie ein Waldschrat. Das Roß ist Bestandteil der Wälder und Berge, kein Wetter vermag ihm etwas anzuhängen, es wird weit über hundert Jahre alt werden. Irgendein Museum sollte sich um das Roß kümmern.
 „Ski-Hell Roß“, sagt der Akrobat.
 „Bist du denn verrückt? Warum wirfst du mit den Zuckerstangen um dich?“
 „Entschuldige, Roß, ich habe nicht gewußt, daß du durch die Gefilde streifst.“
 „Hier liegt ja Schnee zum Verrecken“, sagt sie und schwitzt.
 „Ja, das Spüren ist kein Vergnügen.“

„Lieber auf einer Sau reiten.“
 Sie wischt mit dem Ärmel der Wolljacke übers Gesicht und zieht die Nase hoch.
 „Hast du den Schnupfen, Roß?“
 Sie lacht und zeigt ihre großen gelben Zähne. Auf ihrer Oberlippe sproßt ein dunkler Flaum.
 „Schnupfen ist gesund, da bleibt der Hirnkasten klar. Komm, wir gehen dort unten in die kleine Heuhütte.“
 „Was willst du denn in der Heuhütte? Ein Schlagerstündchen?“
 „Hunger habe ich. Du kannst ein Kalbskotelett abkriegen.“
 Der Akrobat fährt mit dem Roß zur Heuhütte. Das Roß fährt wie ein Waldgespenst. Sie reitet auf dem Haselstock. Flanel kommt zum Vorschein.
 In zackigen Kurven flitzt sie zwischen den Stämmen dahin, breitspurig, den Stock mit Wucht zwischen den Beinen. Wer sie laufen sieht, weiß, warum sie Roß heißt.
 Sie kriechen in die halb zerfallene Baracke. Hier ist noch ein Rest alten Bergeaus; es riecht dumpf und faulig; Spinweb hängt in schwärzlichen Fäden in den Ecken. Schnee ist zum Eingang hereingeweht.
 „Hier hab ich schon mal gepennt“, sagt sie und fängt an, den Rucksack auszukramen. „Ich kann dir sagen, bei achtzehn Grad Kälte, mir ist nichts bald der Hintern abgefahren. Da, nimm ein Kotelett. Das bringt dich wieder auf die Stelzen.“
 Sie gibt dem Akrobat einen Fleischsetzen und säbelt urwüchsige Scheiben Schwarzbrot vom Laib.
 „Roß, ein Glück, daß ich dich getroffen habe; mir war so mies, zum Sterben sage ich, sonst nichts.“
 Sie gräbt die Zähne ins Schwarzbrot und wütel im Fleisch.
 (Fortsetzung folgt)

